



Gabriele Lösekrug-Möller

Inhalt

Aus dem Unterbezirk

- Hamelner Wahlkampfauftakt mit Hubertus Heil
- AG 60 plus mit neuem Vorstand

Gastbeiträge

- Rinteln ist eine Reise wert
- Besichtigung des Kreiskrankenhausneubaus

Aus Hannover

- Kita-Gebühren
- Schwarz/Gelbe Politik

Aus Berlin

- Abschluss der Föderalismusreform
- Zum 100sten Geburtstag von Herbert Wehner

Termine

Sommertheater – Was wird auf dem Spielplan stehen?

Die Zeit der großen Ferien steht bevor. SchülerInnen fiebern den Sommerferien entgegen. Touristische Destinationen (das ist da, wo gern Urlaub gemacht wird) sind gerüstet und erwartungsvoll. Öde sind diese Wochen allein für die Medien. Diese fünfte Jahreszeit für Zeitung, Radio und Fernsehen hat einen Namen: Sommerloch. Was tun, wenn nichts passiert. Worüber berichten, wenn nichts stattfindet.

Um dieser drohenden Langeweile, dieser möglicherweise ansteckenden Lethargie entgegen zu wirken, schweren Entzugserscheinungen einer nach unbedingten Neuigkeiten lechzenden Leser-, Hörer- und Zuschauerschaft vorzubeugen gibt es das Sommertheater.

Es hat oftmals experimentellen Charakter, die Akteure, fachlich gesehen, sind zumeist Laiendarsteller, häufig im Hauptberuf Politiker/in oder Journalist/in. Aber das stört nicht wirklich. Was wird im Sommer 2006 auf dem Spielplan stehen?

Geht „Föderalismusreform“ in die Verlängerung?
Kann „Gesundheitsreform“ schon zur Aufführung kommen?
Wird es Ein-Personen-Stücke geben?

Eins ist sicher: Keine Zeitungsseite wird leer (bzw. unbedruckt) bleiben. Kein Sendeplatz bei Funk- und Fernsehen bleibt frei. Lassen wir uns überraschen!

In dieser Redmailausgabe werdet Ihr außer diesen wenigen Sätzen kein Sommertheater finden. Trotzdem – oder vielleicht gerade deshalb

einen schönen Sommer

Eure

Gabriele Lösekrug-Möller

Aus dem Unterbezirk

Wahlkampfauftakt der Hamelner SPD mit Generalsekretär Hubertus Heil

Unter dem Motto Hameln gewinnt. startet die SPD in Hameln den Kommunalwahlkampf mit einer Auftaktveranstaltung

am Freitag, den 14. Juli 2006
ab 16.00 Uhr
Terrassen Restaurant Globus
Mühlenstr. 17, Hameln.

Neben der Oberbürgermeisterkandidatin Susanne Lippmann und viel örtlicher Parteiprominenz ist auch unser Generalsekretär Hubertus Heil dabei.

Alle sind herzlich mit Familie, Freunden und Bekannten zur Teilnahme eingeladen. Ein buntes Programm wartet auf alle.

AG 60 plus mit neuem Vorstand Günter Helweg aus Fischbeck ist neuer Vorsitzender

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus im SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont hat mit Günter Helweg einen neuen Vorsitzenden gewählt. Der 63-jährige Fischbecker konnte mit einem fast 97 % der Stimmen ein hervorragendes Ergebnis erzielen. Knapp 80 Genossinnen und Genossen waren ins Restaurant Mediterran im Sporthof gekommen um sich einen neuen Vorstand zu wählen, lediglich 2 Teilnehmer stimmten gegen den neuen Vorsitzenden bzw. enthielten sich der Stimme.

Der bisherige Vorsitzende Manfred Ortlieb aus Bad Münde wollte aus persönlichen Gründen ins zweite Glied rutschen und ist als einer von vier Stellvertretern gewählt worden.

Zu den ersten Gratulanten gehörten die Hamelner Oberbürgermeisterkandidatin Susanne Lippmann und der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Ulrich Watermann. Beide erwiesen den SPD-Senioren ihre Referenz und stimmten sie auf die anstehenden Kommunalwahlen ein. Einhellige Meinung von Lippmann und Watermann: „Ihr Seniorinnen und Senioren seid die Aktivposten, innerparteilich und gesellschaftlich. Ohne eure Unterstützung und Erfahrung wären wir in der SPD um einen großen, wichtigen Mosaikstein ärmer.“ Dies bestätigten auch die heimische Bundestagsabgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller und Landrat Rüdiger Butte, die in ihren schriftlichen Grußworten ausdrücklich für die tatkräftige Unterstützung während ihrer Wahlkämpfe dankten.

Ein Schwerpunkt der Konferenz war ein Referat zum Thema „Kommunalpolitik in Zeiten demografischen Wandels“ durch die Oberbürgermeisterkandidatin Susanne Lippmann. In ihrer Rede betonte sie, wie wichtig eine familiengerechte Politik für die Zukunft sein wird. „Die Schaffung eines Familienzentrums mit allen Angeboten unter einem Dach, ist eine Möglichkeit um unsere Angebote auch in die Familien zu bringen“, so Lippmann.

In seinen Schlussworten schloss der neue Vorsitzende Günter Helweg an die Aussagen von Susanne Lippmann und Ulrich Watermann an und wies daraufhin, dass die Stimme der älteren Menschen in Deutschland durch die demografische Entwicklung zunehmend an Gewicht gewinne und damit den Ausgang von Wahlen maßgeblich beeinflussen werde. Die Versammlung sicherte einhellig den Kandidaten zur Kommunalwahl ihre aktive Unterstützung zu.

„Bei einem solchen Votum“, so Helweg, „bin ich mir sicher, dass die SPD in den Hameln-Pyrmonten Städten und Gemeinden stärkste Kraft bleiben bzw. werden wird und unsere Ober- bzw. BürgermeisterkandidatInnen die Wahlen gewinnen“.

Der neue Vorstand:

Vorsitzender

Günter Helweg (Hessisch Oldendorf)

Stellvertretende Vorsitzende

Albert Gesemann (Emmerthal)

Emil Nicolaus (Hameln)

Manfred Ortlieb (Bad Münster)

Inge Weller (Hameln)

Schriftführerin

Monika Baars (Hess. Oldendorf)

BeisitzerInnen

Reinhold Breyer (Salzhemmendorf)

Dieter Bültemeier (Emmerthal)

Theodor Diekmann (Bad Münster)

Heinrich Hänsel (Hameln)

Fritz Holstein (Hess. Oldendorf)

Kurt Kallabis (Hameln)

Erhard Krumm (Hess. Oldendorf)

Günter Manzke (Coppenbrügge)

Christa Meyer (Hameln)

Helmut Schaper (Emmerthal)

Walter Schrader (Bad Münster)

Horst Steinmeyer (Salzhemmendorf)

Hans-Herbert Webel (Bad Pyrmont)

Gastbeiträge

Rinteln ist eine Reise wert

Beitrag von Heinz Beißner, Kreistagsabgeordneter

„Unsere frühere Kreishauptstadt hat sich in den vergangenen Jahren mächtig gemausert und ist allemal einen Besuch wert!“ Dieses Fazit zog Heinz Beißner nach dem Besuch von Mitgliedern des SPD-Ortsvereins in Rinteln und beschrieb damit den guten Eindruck, den alle Fahrtteilnehmer/innen gewonnen hatten. Die Stadtführerin beschränkte sich nicht nur auf den Stadtkern, sondern führte die Besucher auch in Bereiche, die etwas abseits liegen und dennoch ihre Reize haben.

Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus den Sündeldörfern mit ihrer Vorsitzenden Ruth Bültemeier hatte sich der Landtagsabgeordnete Volker Brockmann angeschlossen. Schließlich ist nach dem zur nächsten Wahl in 2008 geltenden neuen Zuschnitt der Landtagswahlkreise die Stadt Rinteln mit ihren Dörfern dem Wahlkreis Hameln/Hessisch Oldendorf zugeordnet worden.

Zum abschließenden gemütlichen Beisammensein mit stärkendem Imbiss hatten sich Bürgermeisterkandidat Harald Krüger mit Ehefrau Elfi hinzugesellt. Die gelockerte, persönliche Atmosphäre nutzte der Kandidat, um sich den Ortsvereinsmitgliedern bekannt(er) zu machen

Besichtigung des Kreiskrankenhausneubaus

SPD Oberbürgermeister- und Bürgermeisterkandidatinnen/Kandidaten informieren sich über Stand des Gesundheitswesens in der Region

Bericht von Peter Höxter, Bad Münster

"Der Landkreis Hameln-Pyrmont ist ein maßgeblicher Gesundheitsstandort, viele Arbeitsplätze hängen davon ab", so der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion, Ulrich Watermann. "Darum möchte ich den SPD Oberbürgermeister- und Bürgermeisterkandidatinnen/Kandidaten dieses Thema unmittelbar nahebringen" Watermann weiter. Was lag also näher als den Neubau des Kreiskrankenhauses zu besichtigen und sich anschließend über den aktuellen Stand des Gesundheitswesens in der Region zu informieren. "Wir stehen gerne allen interessierten Gruppierungen aus Politik und Bevölkerung Rede und Antwort" freute sich Krankenhausverwaltungsdirektor Klaus-Helmut Jelinek über das Interesse, "so können wir deutlich machen, dass die doch erheblichen Investitionen in den Krankenhausstandort Hameln gut angelegt sind, ohne die weiteren Standorte in der Region zu schwächen." Und genau hier setzten die Fragen der Kandidatinnen aus Bad Münster, Silvia Nieber und Bad Pyrmont, Elke Christina Roeder an. Beide waren natürlich daran interessiert, zu erfahren, welchen Einfluß die Zentralisierung in Hameln auf die Kliniken in ihren Heimatorten hat. "Wir haben viele Kooperationen innerhalb der

Region und wir stimmen die medizinische Leistungserbringung mit anderen Kliniken ab," konnte Jelinek die Kandidaten beruhigen. Am Beispiel Coppenbrügge habe sich gezeigt, dass die bisherige Strategie des Entwickelns von Synergieeffekten durch inhaltlich gut abgestimmte Kooperationen der Erfolg versprechendste Ansatz war und auch zukünftig sein wird. Für die parteilose Hamelner Oberbürgermeisterkandidatin, Susanne Lippmann stand in erster Linie die Frage nach den Arbeitsplätzen im Kreiskrankenhaus Hameln im Vordergrund, denn das Kreiskrankenhaus ist immerhin Hamelns zweitgrößter Arbeitgeber und einer der größten Ausbildungsbetriebe. Um hierzu die Systematik der heutigen Krankenhausfinanzierung im so genannten DRG System transparenter zu machen, wurden den Gästen die Einflüsse dieses Systems auf das betriebliche Handeln und die wirtschaftliche Entwicklung dargestellt. "Wir gehen davon aus, dass wir richtig vorausgeplant haben und solide aufgestellt sind", schätzte Jelinek die Situation ein. "Wir haben bereits seit vielen Jahren in die medizinische Entwicklung investiert und waren dadurch in der Lage, ohne Qualitätseinbußen die Verweildauer unserer Patienten zu senken. Diese Vorleistung stärkt unsere wirtschaftliche Situation und wird auch seitens der Kostenträger honoriert. Der Bericht zum Qualitätszirkel "Kooperation pflegender Einrichtungen", welcher Konzepte und Inhalte entwickelt, um der Bevölkerung landkreisweit ein über den geforderten Normen liegendes Qualitätsniveau anzubieten, erfreute besonders den Kandidaten für Emmerthal, Andreas Grossmann, der selber früher im Krankenhaus tätig war, da sich aus dem gesamten Landkreis und auch aus seiner Gemeinde Pflegeeinrichtungen an dieser Qualitätsmaßnahme beteiligen. Falls bei der Weiterentwicklung pflegerischer Qualität in der Region politische Unterstützung notwendig ist, helfen wir gerne mit, waren sich alle Kandidaten einig. Abschließend berichtete Verwaltungsdirektor Jelinek noch über den Sachstand zur Gründung der gGmbH und bekräftigte noch einmal, dass durch diese Maßnahme ein erheblicher Beitrag zur Standort- und Arbeitsplatzsicherung geleistet wurde.

Aus Hannover

SPD macht Ernst beim Thema Kita-Gebühren Pressemitteilung von Volker Brockmann, MdL

Die SPD will schon im kommenden Jahr die Gebühren für ein Kita-Jahr abschaffen. Ob die Elternbeiträge für das erste oder das letzte Kita-Jahr wegfallen, sollen die Kommunen entscheiden können. Die Kosten soll das Land tragen und aus seinem Anteil an der Erhöhung der Mehrwertsteuer finanzieren. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat am 21. Juni 2006 der niedersächsische Landtag beraten

„Seit Jahren sind sich Politiker aller Parteien darüber einig, dass der Staat mehr in die frühkindliche Bildung investieren muss“, sagte der Hamelner SPD-Abgeordnete Brockmann. „Al

le wissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, dass der Kita-Besuch die Entwicklungschancen der Kinder entscheidend verbessert. Wir sind der Überzeugung, dass genug geredet worden ist. Jetzt müssen wir handeln und im Landeshaushalt die notwendigen Prioritäten setzen“, so Brockmann.

Die Übernahme der Kita-Gebühren für ein Kalenderjahr belastet den Landeshaushalt nach Angaben des Kultusministeriums mit rund 90 Millionen Euro. Der Gesetzentwurf der SPD soll zum Beginn des Kita-Jahres 2007/2008 am 1. August kommenden Jahres in Kraft treten. Im Haushaltsjahr 2007 sind also 37,5 Millionen Euro einzuplanen. Dazu soll nach den Vorstellungen der SPD ein Teil der in der aktuellen Steuerschätzung prognostizierten Mehreinnahmen des Landes von 628 Millionen Euro eingesetzt werden, die vor allem aus der Anhebung der Mehrwertsteuer stammen.

Brockmann betonte, dass die Abschaffung der Gebühren für ein Kita-Jahr nur ein erster Schritt sei. „Nach einem Sieg bei der Landtagswahl werden wir innerhalb der nächsten Legislaturperiode die kompletten Kita-Gebühren abschaffen. Das wird ein finanzieller Kraftakt für das Land. Aber ich bin der Überzeugung, dass der Staat sein Geld nicht besser investieren kann, als in Bildung.“

Viele Kommunen im Landkreis Hameln-Pyrmont investieren gegenwärtig massiv in die frühkindliche Bildung. Doch anstatt dieses Engagement zu unterstützen, legt die Landesregierung unserer Gemeinde Steine in den Weg.“ So verweigert das Innenministerium Kommunen wie Hannover oder Göttingen die Genehmigung ihrer Haushalte wegen Investitionen in Schulen, Kindertagesstätten und Bildung! Wir werden hier in der Hamelner SPD jetzt darüber beraten, ob wir das erste oder das dritte Kita-Jahr gebührenfrei machen wollen.“

Mit der Abschaffung der Kita-Gebühren will die SPD einen Beitrag dazu leisten, dass vor allem sozial schwache Familien und solche mit Migrationshintergrund ihre Kinder häufiger in eine Kita schicken. „Zehn Prozent aller Kinder in Deutschland sehen nie eine Kita von innen“, so Brockmann mit Blick auf den Anfang Juni erstmals vorgestellten nationalen Bildungsbericht. „Besonders alarmierend ist, dass Eltern ohne Schulabschluss ihren Kindern den Kita-Besuch doppelt so häufig verweigern, wie Eltern mit Abitur. Das ist ein erheblicher sozialer Sprengstoff. Denn gerade Kinder aus den so genannten bildungsfernen Schichten sind besonders dringend auf den Kita-Besuch angewiesen.“

„Der Gesetzentwurf zur Gebührenfreiheit markiert nicht das Ende, sondern den Beginn unserer Initiative für die frühkindliche Bildung“, betonte Brockmann. „Wir setzen uns zugleich für umfassende Qualitätsverbesserungen ein.“ So sehe das Bildungsprogramm der SPD vor, ab 2008 die Sprachförderung in den Kitas massiv auszubauen, die Elternbildung zu verstärken und den Übergang von der Kita in die Grundschule flexibler und kindgerechter zu gestalten. Außerdem soll mit der Einrichtung von 50 Familienzentren in sozialen Brennpunkten begonnen werden. Dort sollen neben der Kita alle Hilfsangebote staatlicher und freier Träger gebündelt werden.

SCHWARZ/GELBE POLITIK IN NIEDERSACHSEN – MASSIV BELASTUNG FÜR DIE KOMMUNEN.

Informationen des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

»Kommunalpolitik ist für uns eine Herzensangelegenheit«
versprach Christian Wulff 2003 beim Antritt der neuen Landesregierung.

Fakt ist:

- Nie waren die niedersächsischen Städte, Gemeinden und Landkreise so verschuldet wie heute. Durch die Kürzung des Finanzausgleichs erhalten sie rund 160 Millionen Euro jährlich weniger. Wulff und Möllring sanieren den Landeshaushalt auf dem Rücken der Kommunen. Bis 2008 summiert sich diese Kürzung auf ca. 650 Millionen Euro. Frühkindliche Betreuung, Kindertagesstätten, Schulbausanierung, Altenpflege und vieles mehr werden dadurch unbezahlbar.
- Der ländliche Raum wird von der CDU/FDP-Landesregierung systematisch vernachlässigt. Für die Dorferneuerung werden keine Finanzmittel in den Landeshaushalt eingestellt, bei der Flurbereinigung wird massiv gestrichen.
- Die Landesregierung schadet der kommunalen Selbstverwaltung. Wichtige Entscheidungen können nicht länger vor Ort getroffen werden. Der FDP-Umweltminister will die Kommunen verpflichten, die Abwasserbeseitigung zu privatisieren. Die Folge: Über die Mehrwertsteuer steigen die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger.
- Schwarz/Gelb schadet dem Sport in Niedersachsen. Seit 2003 sind insgesamt rund 15 Millionen Euro weniger in die Sportförderung geflossen. Wichtige Sportstätten können nicht mehr saniert werden, weil die Zuschüsse fehlen. Die Folge vor Ort: undichte Hallendächer und marode Sportanlagen.
- Bei der Städtebauförderung lässt die Landesregierung die Kommunen im Stich. Seit 2004 sind insgesamt 40 Millionen Euro an Bundeszuschüssen verloren gegangen, weil das Land Niedersachsen erforderliche Mittel zur Kofinanzierung nicht bereitstellt. Jetzt fließen die Gelder nach Bayern und Baden-Württemberg.

Für uns ist klar:

Die Städte und Gemeinden brauchen verlässliche Partner und Schutz vor Überforderung. Wir haben durchgesetzt: Wer bestellt, bezahlt. Künftig darf das Land nur unter Ersatz der Kosten neue Aufgaben auf die Kommunen übertragen.

Wir setzen auf Vorfahrt für Städte und Gemeinden in Niedersachsen!

Aus Berlin

Abschluss der Föderalismusreform Informationen der SPD-Bundestagsfraktion

Am 30. Juni 2006 hat der Bundestag mit 2/3-Mehrheit die größte Verfassungsänderung in der Geschichte Deutschlands beschlossen. Unsere Bundestagsfraktion hat sehr intensiv und konstruktiv über diese Reform beraten und diskutiert. In dieser letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause haben wir das Gesetzespaket beschlossen. Bei aller Kritik, die in den letzten Monaten aufkam, dürfen die Grundidee und die Beweggründe für diese Reform nicht aus den Augen verloren werden.

Ziel der Reform

Als wir vor mehr als 2 ½ Jahren mit der Arbeit zur Föderalismusreform angefangen haben war das Ziel der Reform die Beseitigung oder Verminderung von langwierigen Entscheidungswegen, übermäßigen Verflechtungen und gegenseitigen Blockaden zwischen Bund und Ländern. Es ging um mehr Klarheit bei der Aufgaben- und Zuständigkeitsverteilung, straffere und schnellere Entscheidungsprozesse und einen europatauglicheren Bundesstaat.

Konkret ging es um

- Den Abbau gegenseitiger Blockaden durch Verringerung der Zustimmungspflichtigkeit von Bundesgesetzen im Bundesrat
- Stärkere Trennung der Aufgaben von Bund und Ländern durch Abschaffung der Rahmengesetzgebung
- Klarere Finanzverantwortung durch Abbau von Mischfinanzierungen und Neufassung der Finanzhilfen
- Verbesserung der Europatauglichkeit des Grundgesetzes

Diese Ziele sind weitgehend erreicht worden. Das, was jetzt mit dieser Föderalismusreform beschlossen worden ist, ist besser, als das aktuelle Grundgesetz:

Das Ergebnis im Überblick

- Die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes und der Länder werden künftig viel klarer und übersichtlicher aufgeteilt sein. So ist für jede Bürgerin und jeden Bürger leichter zu erkennen, wer für welche Bereiche zuständig ist und Gesetze erlassen kann. Es gibt künftig nur noch zwei verschiedene Gesetzgebungskompetenzen. Die bisherige Rahmengesetzgebungskompetenz nach Artikel 75 entfällt vollständig. Die vorher dieser Kompetenzkategorie unterfallenden Materien sind nunmehr aufgeteilt auf die ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis des Bundes oder der Länder oder auf die konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis des Bundes. Für den Gesamtstaat ergibt sich dadurch eine klarere Strukturierung von Kompetenzen und Zuständigkeiten.

- Durch eine klarere und vermehrte Zuweisung von Gesetzgebungsmaterien auf die Länder, werden die Landtage wieder gestärkt und den Ministerpräsidenten wird die Macht über den Bundesrat deutlich beschnitten. Die Landtage bekommen mehr Rechte und das wird dazu beitragen, dass Landtagswahlkämpfe wieder über landespolitische Themen geführt werden können.
- Die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze wird mehr als halbiert, von derzeit 55 Prozent auf etwa 25 Prozent. Ein ausführliches Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages hat uns in unserer Prognose noch einmal bekräftigt. Auch dies stärkt den Bund in seinen Gesetzgebungskompetenzen.
- Die sog. Erforderlichkeitsklausel des Artikels 72 Absatz 2 wird durch die Herausnahme etwa der Hälfte der bisherigen Bereiche, die der konkurrierenden Gesetzgebung unterlagen, deutlich beschränkt. Viele Rechtsbereiche kann der Bund also künftig regeln, ohne dass er begründen muss, warum eine solche Bundesregelung für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet „notwendig“ ist. Das schafft klare Regelungsmöglichkeiten für den Bund.
- Es wird ein neues Rechtsinstitut des Abweichungsrechts für die Länder für bestimmte Materien aus diesem Bereich geschaffen (Artikel 72 Absatz 3). In diesen Bereichen (z. B. Naturschutz, Raumordnung, Hochschulzulassung und –abschlüsse) können die Länder durch eigene Gesetzgebung vom Bundesrecht abweichen. Zum Schutz der einheitlichen Rechtsordnung im gesamten Bundesgebiet sind jedoch Kernbereiche festgelegt worden, in denen die Länder nicht abweichen dürfen.
- Künftig wird entgegen des jetzigen Zustandes geregelt, wer (Bund/Länder) die Kosten zu tragen hat, wenn die Bundesrepublik von der EU zur Zahlung von Strafen verpflichtet wird, beispielsweise wegen einer nicht rechtzeitigen Umsetzung oder Nichtumsetzung einer EU-Richtlinie. Künftig haftet der Verursacher.
- Bei einer Verletzung des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes (sog. Maastricht-Kriterien) durch die Bundesrepublik Deutschland wird erstmals eine Beteiligung der Länder an Sanktionszahlungen der EU eingeführt (Artikel 109 Absatz 5). Bund und Länder tragen diese dann mit 65 Prozent zu 35 Prozent, wobei sich die Länder ihren Beitrag nach Einwohnerzahl und nach Verursachung teilen.
- Das Grundgesetz wird europatauglicher. Bisher hatten die Länder praktisch für alle Bereiche ihrer ausschließlichen Gesetzgebungsbefugnis auch die Verhandlungsbefugnis in Europa. Für die Bundesrepublik verhandelte in Brüssel also nicht ein Vertreter der Bundesre-

- gierung, sondern ein Mitglied des Bundesrates. Künftig wird diese Länderbeteiligung auf drei Kernkompetenzen der Länder reduziert (schulische Bildung, Kultur und Rundfunk).

Das Ergebnis der letzten Verhandlungen

In den letzten Wochen und Monaten gab es Kritik an Einzelpunkten der Reform. Diese betraf die Übertragung von bestimmten Kompetenzen auf die Länder, wie z. B. das Notariat, den Strafvollzug oder das Heimrecht. Kritisiert wurde auch das Abweichungsrecht der Länder vor allem im Umweltbereich oder das Kooperationsverbot im Bildungsbereich.

Wir haben in den letzten Wochen nochmals sehr intensiv über die Föderalismusreform beraten und diskutiert. Dabei spielten vor allem die Argumente eine Rolle, die bei der Sachverständigenanhörung vorgetragen wurden. Gegen den Widerstand vieler Ministerpräsidenten ist es uns gelungen, wesentliche Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf durchzusetzen. In den Verhandlungen haben wir dafür gesorgt, dass das Notariat künftig in Bundeszuständigkeit verbleibt. Auch im Umweltbereich konnten wir Änderungen erzielen: Der Bereich der Abfallwirtschaft unterliegt nicht, wie ursprünglich vorgesehen, der Erforderlichkeit und bis 2010 kann von zwingenden Änderungen nicht vorzeitig abgewichen werden. So hat unser Umweltminister Sigmar Gabriel nun dreieinhalb Jahre Zeit, das von der SPD und den Umweltverbänden schon lange geforderte einheitliche Umweltgesetzbuch zu erlassen.

Vor allem aber haben wir erreicht, dass das Kooperationsverbot im Bereich Forschung, Lehre und Wissenschaft gestrichen wurde. Auch künftig kann der Bund nicht nur bei der Forschung, sondern auch im Hochschulbereich die Länder unterstützen. Finanzhilfen des Bundes im Hochschulbereich und dort wo er sonst Zuständigkeiten hat, sind – anders als im ersten Entwurf vorgesehen - weiterhin möglich. Bund und Länder können auch künftig Vorhaben in der Wissenschaft und der Forschung an Hochschulen gemeinsam fördern. Dagegen haben sich viele CDU-Ministerpräsidenten, insbesondere Roland Koch und Edmund Stoiber, bis zuletzt vehement gewehrt. Dass dieses unsinnige Verbot nun gefallen ist, ist ein großer Erfolg unserer Verhandlungen.

Fazit

Mit den dargestellten Änderungen haben wir einiges erreicht. Wir alle hätten uns zwar an der einen oder anderen Stelle weitere Verbesserungen gewünscht. So insbesondere im Bereich des Strafvollzuges, der aus der Verantwortung des Bundes nun an die Länder gegangen ist, oder im Heimrecht.

Insgesamt ist die Reform jedoch ein echter Fortschritt für unser Land:

- Für den Gesamtstaat ergibt sich eine klarere Struktur von Kompetenzen und Zuständigkeiten bei Gesetzgebung und Finanzverantwortung.
- Der Bund und die Landtage werden gestärkt, die Macht des Bundesrates und der Ministerpräsidenten beschnitten.
- Die Reform trägt dazu bei, die Bundesrepublik Deutschland zukunftstauglich zu machen. Gerade angesichts des zusammenwachsenden Europas brauchen wir die gute Zusammenarbeit zwischen den Ländern und dem Bund.

Mit der Föderalismusreform sichern wir die Grundpfeiler unserer bewährten föderalen Ordnung.

Rede von Dr. Hans-Jochen Vogel auf der Gedenkveranstaltung des SPD-Parteivorstandes und der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich des 100. Geburtstages Herbert Wehners am Donnerstag, dem 29. Juni 2006 im Willy-Brandt-Haus, Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herbert Wehner wäre am 11. Juli hundert Jahre geworden. Das ist ein guter Anlaß, seiner zu gedenken. Peter Struck hat diesem Gedenken soeben eine eindrucksvolle Einleitung gegeben. Als unmittelbarer Nachfolger Herbert Wehners im Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion will ich nun versuchen, ihn auf meine Weise zu würdigen.

Herbert Wehner hat wie wenige seiner Generation die Geschichte unseres Volkes im letzten Jahrhundert durchlebt, durchlitten und schließlich mitgestaltet. Fast alles, was einem politisch bewußten Menschen in dieser Zeit an Herausforderungen begegnen konnte, ist ihm begegnet: Die Faszination des frühen Kommunismus, der Kampf gegen den Nationalsozialismus vor und nach der Machtübernahme, das Moskauer Exil zur Zeit der brutalen Stalinistischen Säuberung, der Bruch mit dem Kommunismus - er selber sprach von dem Bruch "Mit dem Gott, der keiner war" -, die deutsche und europäische Katastrophe als Folge der NS-Gewaltherrschaft, der Beitritt zur deutschen Sozialdemokratie und endlich der unermüdliche Einsatz für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Frieden, der ihn zu einer der großen politischen Gestalten der alten Bundesrepublik werden ließ.

Ja - der frühe Kommunismus hat Herbert Wehner fasziniert. Geprägt durch seine Jugend als Sohn einer Arbeiterfamilie hat er den Widerspruch zwischen kulturellem und gesellschaftli-

chem Reichtum auf der einen und mangelnden Rechten und Chancen zur Teilhabe auf der anderen Seite am eigenen Leib drastisch verspürt. Dies und sein verletztes Gerechtigkeitsempfinden führte zu einer Radikalisierung seiner politischen Ansichten mit der Folge, daß ihm die Mitwirkung in der sozialistischen Arbeiterjugend und die zeitweise Zusammenarbeit mit Erich Mühsam bald nicht mehr genügte und er 1927 - also mit noch nicht ganz 21 Jahren - der KPD beitrug. Beseelt von dem Glauben, die Befreiung der Unterdrückten, die Gerechtigkeit und der Friede ließen sich nur auf dem vom Kommunismus als gesetzmäßig und deshalb als zwangsläufig beschriebenen Wege ein für allemal verwirklichen, übernahm er in der KPD zunächst in Sachsen und dann in der Zentrale in Berlin Funktionen, die er mit all seiner Kraft ausfüllte.

Gegen den Nationalsozialismus kämpfte er als Kommunist schon vor 1933. Danach setzte er den Kampf im Untergrund und von außen her fort. 1937 wurde er nach Moskau beordert und lebte dort in der Zeit der Stalinschen Säuberungen im Hotel Lux unter Bedingungen, die wir Heutigen uns kaum mehr vorstellen können. 1941 mit dem Auftrag nach Stockholm entsandt, in Deutschland von neuem Untergrundstrukturen der KPD aufzubauen, verurteilten ihn schwedische Gerichte alsbald wegen angeblicher Spionage für eine fremde Macht zu einem Jahr Zuchthaus und zu Zwangsarbeit. Daran schloß sich eine Internierung bis Juli 1944 an. In dieser Zeit verfaßte Herbert Wehner noch im Gefängnis eine Aufzeichnung, die er mit den Worten "Selbstbesinnung und Selbstkritik" überschrieb. Schon in dieser Zeit brach er mit der kommunistischen Ideologie. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde das in einem Referat manifest, das er im Oktober 1946 vor einem sozialdemokratischen Arbeitskreis in Hamburg hielt. In dem Referat sagte er, der Sozialismus stehe und falle keineswegs mit der Eigentumsfrage. Und die Verengung des Begriffs des Sozialismus auf die Lehre von der Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse sei der - Leninsche - Bruch mit der Kontinuität der freiheitlichen und humanitären Bestrebungen der Vergangenheit gewesen. Daher rühre "die Gleichschaltungstendenz, die geistige Verflachung der Menschen, die sich dieser Lehre unterwarfen, ihre geistige Versklavung, die so weit geht, daß sie am Schluß nicht mehr sich selbst trauen dürfen". Hier zieht er unverkennbar die Konsequenz aus seinem eigenen Erleben. Und auf diesem Hintergrund bekennt er sich ausdrücklich zur Demokratie und zur Pluralität.

Nicht zuletzt der Eindruck, den Kurt Schumacher im Rundfunk auf ihn machte, bewog Herbert Wehner 1946 dazu, der SPD beizutreten. Der Parteivorsitzende wurde bald auf ihn aufmerksam und erwartete, daß Wehner der Partei helfen könne, den damals noch starken Einfluß der Kommunisten in den Hamburger Betrieben zu brechen. Wehner wußte, was er damit auf sich nahm. Als es 1949 um die Kandidatur für den Deutschen Bundestag ging, habe er zu Schumacher gesagt: "Sie werden mir die Haut vom lebendigen Leibe abziehen". Schumacher habe geantwortet "Ja, das werden sie, und das wirst Du aushalten". Beide haben recht behalten.

Seit diesem Zeitpunkt gehörte sein ganzes Leben, gehörte all seine Kraft der deutschen Sozialdemokratie. Er diente ihr zunächst als Redakteur in Hamburg und in der örtlichen Parteiorganisation und dann von 1952 bis 1982 als Mitglied des Parteivorstandes, von 1958 bis 1973 auch als stellvertretender Parteivorsitzender. Während dieser Zeit gehörte er fast 34 Jahre lang - von 1949 bis 1983 - als Hamburger Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an; davon 13 Jahre als Fraktionsvorsitzender.

In diesen drei Jahrzehnten hatte er vor allem ein Ziel vor Augen. Er wollte ein neues demokratisches und freiheitliches Deutschland, in dem eine gerechte soziale Ordnung allen die gleiche Chance für ein sinnvolles Leben und eine volle Teilhabe an den Früchten der gemeinsamen Anstrengung bieten sollte. Darum trat er unermüdlich für die Aussöhnung gerade mit den Völkern ein, die in besonderer Weise unter der Barbarei der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gelitten hatten; also den Juden und den Polen. Zu ihnen schlug er Brücken der Verständigung, zu deren Bau er auf Grund seiner eigenen Lebenserfahrungen besonders befähigt war. Und er reiste zu ihnen; nicht nur, wenn alle reisten, sondern auch in Zeiten der Bedrängnis, wenn sich nur wenige auf den Weg machten. Darum kämpfte er für Frieden und Abrüstung. Darum bewegte ihn die deutsche Frage ohne Unterlaß. Darum engagierte er sich unermüdlich in der Ost- und Deutschlandpolitik und hob warnend seine Stimme, wenn er sie in Gefahr glaubte oder sie ihm an Dynamik zu verlieren schien. Es gehört zur Tragik seines Lebens, daß er, der von Anfang an unter der Teilung Deutschlands litt und der stets an der Einheit der Nation festhielt, die Volksbewegung im anderen deutschen Staat, daß er den Fall der Mauer, daß er das Wiedererstehen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in seiner alten Heimat nicht mehr bewußt wahrnehmen konnte. Im Innern engagierte er sich vor allem für Fragen der sozialen Gerechtigkeit und für die Mitbestimmung.

Sein entscheidender Beitrag zur deutschen Nachkriegsgeschichte war, daß er der deutschen Sozialdemokratie mit unerschütterlicher Beharrlichkeit den Weg in die Regierungsverantwortung bahnte und damit ein Doppeltes bewirkte: Die endgültige Widerlegung des konservativen Vorurteils, die älteste deutsche Partei sei zur Regierung des Staates nicht fähig und taugte allenfalls zur Opposition. Und die Anwendung eines elementaren Prinzips der Demokratie - nämlich den Wechsel der Parteien zwischen den Funktionen der Regierung und der Opposition, der gerade auf Grund seines Engagements zwanzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik zum erstenmal stattfand. Darum hat er mit eiserner Energie für die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie gekämpft. Die Partei verdankt ihm wesentliche Anstöße zur programmatischen und organisatorischen Erneuerung nach den Niederlagen der fünfziger Jahre. Als stellvertretender Parteivorsitzender hat er nach seiner Wahl auf dem Stuttgarter Parteitag im Mai 1958 die hauptamtlichen Mitarbeiter nicht nur straff und mitunter streng angeleitet, sondern auch jeden einzelnen von ihnen als

Funktionär gesehen und als Mensch ernst genommen und respektiert. Die Arbeitsgemeinschaften in der Partei hat er als Sensoren gesellschaftlicher Entwicklungen unterstützt, ihre Repräsentanten aber zugleich davor gewarnt, sich als "Abgeordnete der Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Partei und der Fraktion aufzuführen".

Die Arbeit am Godesberger Programm hat er unterstützt; unter anderem durch einen Beitrag zum außenpolitischen Teil des Entwurfs. Wichtiger noch war aber die engagierte Rede, die er im November 1959 für die Annahme des Programms auf dem Parteitag hielt. Sie bewirkte, daß auch Zweifelnde und Zögernde aus dem linken Spektrum dem Programm zustimmten und dafür dann eine breite Mehrheit zustande kam.

Ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur sozialdemokratischen Regierungsverantwortung war seine inzwischen schon historische Bundestagsrede vom 30. Juni 1960. Bis zu diesem Zeitpunkt stand die Sozialdemokratie dem Adenauerschen Konzept der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Westbindung der Bundesrepublik skeptisch gegenüber. Die SPD stellte die Bindung an NATO und europäische Strukturen stets unter den Vorbehalt, sie dürften der deutschen Wiedervereinigung nicht im Wege stehen. Im März 1959 hat sie mit ihrem Deutschlandplan, an dessen Formulierung Herbert Wehner und auch Helmut Schmid maßgebend mitwirkten, zum letzten Mal den Versuch unternommen, ein Alternativmodell anzubieten, das ein wiedervereinigtes, unabhängiges und bündnisfreies Deutschland im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems vorsah. Auf der Genfer Außenministerkonferenz von 1959 nahmen jedoch weder die Westmächte noch die Sowjetunion den Deutschlandplan der SPD ernst. Eine Gipfelkonferenz, die für Mai 1960 in Paris geplant war, trat erst gar nicht zusammen.

In dieser Situation befreite Herbert Wehner mit seiner Rede die SPD aus ihrer außenpolitischen Isolierung. Es gehe jetzt - sagte er - "um das höchst erreichbare Maß an Übereinstimmung in der Bewältigung der deutschen Lebensfragen". In der gefährlichen, unübersichtlich gewordenen Lage sollten die Fraktionen des Deutschen Bundestags "den Vorsatz zu fassen imstande sein, unser innenpolitisches Verhältnis zueinander in die Ordnung zu bringen, die uns befähigen könnte, der gesamtdeutschen Verpflichtung der Bundesrepublik gerecht zu werden". Ganz konkret antwortete Herbert Wehner auf entsprechende Fragen in der öffentlichen Diskussion, die der Parlamentssitzung vorausgegangen waren, "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht davon aus, daß das europäische und das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist". Zugleich erklärte er den Deutschlandplan für überholt. Er beendete seine Rede mit dem berühmt gewordenen Schlußsatz "Innenpolitische Gegnerschaft belebt die Demokratie. Aber ein Feindverhältnis, wie es von manchen gesucht und angestrebt

wird, tötet schließlich die Demokratie, so harmlos das auch anfangen mag. Das geteilte Deutschland kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen".

Die Wirkung der Rede war gewaltig. Sie hatte nicht nur ein immenses Presseecho. Sie veränderte vielmehr die innenpolitische Situation grundlegend. Denn sie nahm Konrad Adenauer und der Union ein Aktionsfeld, auf dem sie die SPD bis dahin unentwegt als unzuverlässig und nicht vertrauenswürdig angegriffen hatte. Sie taten dies bis dahin mit Erfolg - wie unter anderem die Bundestagswahl vom September 1957 zeigte, bei der die Union auch deshalb die absolute Mehrheit erreichte. Gelegentlich wird behauptet, Wehner habe mit dieser Rede die Parteiführung und die Fraktion überrumpelt. Das ist unzutreffend. Ihre Kernpunkte sind vielmehr zuvor in den zuständigen Gremien erörtert und auch gutgeheißen worden. Darauf hat Herbert Wehner - er war damals auch außen- und deutschlandpolitischer Sprecher der Fraktion - Wert gelegt. Christoph Meyer hat das in seiner kürzlich erschienenen Biographie, die zu Recht große Aufmerksamkeit gefunden hat, im Detail dargelegt.

Über Jahre erstreckten sich die Bemühungen Wehners um das Zustandekommen einer Großen Koalition, die demselben Ziel galt. Ihn beseelte dabei die Vorstellung, daß nur die Mitwirkung in einer Großen Koalition der SPD Gelegenheit gäbe, ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und damit ihre Chancen für die Zukunft zu verbessern. Eine Vorstellung, die sich Ende der sechziger Jahre als durchaus zutreffend erwies.

Erste Kontakte in dieser Richtung knüpfte er bereits in den fünfziger Jahren. Seine wichtigsten Gesprächspartner in der Union waren zunächst Jakob Kaiser und Ernst Lemmer und später Karl-Theodor zu Guttenberg, Paul Lücke, Johannes Schauff und Heinrich Krone. Insbesondere mit Guttenberg ergab sich ein kontinuierlicher, von gegenseitigem Vertrauen getragener Gedankenaustausch. Ein erster konkreter Erfolg stellte sich im Herbst 1962 ein, als kein Geringerer als Konrad Adenauer während der durch die Spiegel-Affäre ausgelösten Koalitionskrise offizielle Gespräche mit der SPD führte. Daß er so primär Druck auf die FDP ausüben wollte, ändert nichts daran, daß er damit die von ihm seit 1949 immer wieder als Gefahr für unser Land verunglimpfte SPD erstmals als potentiell regierungsfähig anerkannte. Überdies empfing er damals als Gesprächspartner neben Erich Ollenhauer und Fritz Erler eben auch den von ihm öffentlich als Mann, "der die Sprache der SED spricht" abqualifizierten Herbert Wehner. Das muß für Herbert Wehner eine Stunde großer innerer Genugtuung gewesen sein.

Zustande kam die Große Koalition dann bekanntlich im Herbst 1966. Ich gehörte übrigens zu denen, die ihrer Bildung zunächst deshalb mit Skepsis begegneten, weil ihr der einige Zeit zuvor wegen der Spiegel-Affäre aus dem Amt des Verteidigungsministers geschiedene Franz-Josef Strauß als Finanzminister angehören sollte. Aber ich sah schließlich ein, daß

diese "Kröte" im Interesse des Gemeinwesens und auch im Interesse der deutschen Sozialdemokratie geschluckt werden mußte. Die erste Große Koalition hat dann ja auch respektable Arbeit geleistet.

Nach der Bundestagswahl 1969 wollte Herbert Wehner die Große Koalition fortsetzen. Er akzeptierte aber die Entscheidung Willy Brandts für eine sozialliberale Koalition. Und tat dann als Fraktionsvorsitzender alles, um ihr zu konkreten Erfolgen zu verhelfen und ihr den Rücken freizuhalten. Besonders engagierte er sich für die neue Ostpolitik, für eine Entwicklung der Beziehungen zur DDR, die die Lebensverhältnisse der dort lebenden Menschen verbesserte, und für die inneren Reformen. Anteil hatte er auch daran, daß unsere Republik im Herbst 1977 ihre Schutzfähigkeit gegenüber den Anschlägen der RAF ebenso besonnen wie entschlossen verteidigte. Das Scheitern der sozialliberalen Koalition im Herbst 1982 erfüllte ihn mit Bitterkeit. Gefragt, wie lange jetzt die Oppositionszeit für die SPD dauern werde, sagte er: "..... Es kann 15 Jahre dauern". Ganz Unrecht hatte er damit nicht.

Was trieb ihn zu diesem, seine Kräfte immer wieder bis an die äußersten Grenzen beanspruchenden Engagement? Nach meinem Eindruck galt es nicht abstrakten Ideen und auch nicht der Macht als solcher, obwohl er sich der politischen Bedeutung der Macht stets bewußt war und zu ihr ein sehr realistisches Verhältnis hatte. Sein Engagement und seine Liebe galten vielmehr seinem Volk, galten den Menschen und den Menschen zumal, aus deren Mitte er hervorgegangen war. Ihnen wollte er einen gerechten Anteil am Wohlstand und an politischem Einfluß in einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat sichern. Ebenso wollte er sein Volk für immer vor der Wiederholung der Schrecken und der Verführungen bewahren, denen es einmal in so furchtbarer Weise erlegen war. Er, der Ausgebürgerte und Verfolgte, der "Reichsfeind", wie das in der Sprache der damaligen Machthaber hieß, wollte wiedergutmachen, was andere verbochen hatten. Aber - so schrieb er schon im Winter 1942/43 in sein Tagebuch - "Wiedergutmachen muß zugleich das deutsche Volk sich selbst".

Was für ein Mensch war dieser Herbert Wehner? Manches dazu habe ich schon gesagt. Anderes bleibt noch zu erwähnen. Zunächst: Er war mit Leib und Seele Parlamentarier. Und er war es mit Leidenschaft. Diese Leidenschaft beflügelte ihn und brach immer wieder aus ihm heraus. Dann konnte er scharf, sarkastisch, ja mitunter kränkend und ungerecht werden. Aber er konnte auch unerbittlich schweigen. Und er vergaß auch nicht leicht. Manche seiner ebenso berühmten wie gefürchteten Zwischenrufe und mancher Zornesausbruch, der ganz unvermittelt auch Freunde und Vertraute treffen konnte, bewiesen das. Seine Leidenschaft machte ihn auch zu einem Meister des Wortes. Er hat seine Sätze zusammengefügt wie die Zyklopen der Vorzeit ihre gewaltigen Mauern. Kein Satz verlör sich unfertig im Unbestimmten. Jeder kam zu seinem vorbedachten Schluß. Und auch, was zunächst dunkel erschien, gab seinen Sinn dem preis, der nicht nur an der Oberfläche blieb.

Aber Herbert Wehner verstand es auch, zuzuhören. Jedenfalls denen, die etwas zu sagen hatten oder die seine Unterstützung brauchten. Denen half er dann im Stillen mit der gleichen Empfindsamkeit, Beharrlichkeit und Geduld, mit der er sich den großen politischen Aufgaben gewidmet hat. Die Zahl derer, die ihm Ermutigung, Erleichterung, ja die Freiheit verdanken, ist Legion. Ich denke dabei nur an die unzähligen Stunden und Tage, in denen er sich um die Freilassung und die Übersiedlung von Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik bemüht hat. Da war ihm kein Brief, kein Telefongespräch und auch keine Reise zu viel. Nach vorsichtigen Schätzungen hat er Tausenden von Menschen auf diese Weise geholfen.

Hier in diesem Bemühen, von dem er nur selten sprach, offenbarte sich etwas vom Wesen des Menschen Herbert Wehner, das sich auch denen, die ihm nahestanden, nur langsam in all seinen Dimensionen erschloß. Hier offenbarte sich ein Stück von jener Substanz und Dichte, die ihn ein Leben bestehen ließ, an dessen Herausforderungen und Prüfungen viele andere gescheitert wären und auch gescheitert sind. Zu dieser Substanz gehörte die Nächstenliebe; eine Nächstenliebe, die - mehr, als vielen bewußt war - in seinem christlichen Glauben wurzelte. Einem Glauben, den er übrigens bei nicht wenigen Gelegenheiten auch öffentlich bekannte, indem er sich auf die Bergpredigt berief oder aus dem 23. Psalm und dem Brief des Paulus an die Korinther zitierte. Wie ich schon erwähnte, ist er während der Haft in Schweden zu dem Glauben seiner Kindheit zurückgekehrt (zerlesene schwedische Bibel). Zu dieser Substanz gehörte auch ein hohes Maß an Sensibilität und Selbstdisziplin, mit deren Hilfe er letztlich die vulkanischen Kräfte bändigte, die in ihm wohnten. Dazu gehörte schließlich eine seltene Vitalität, eine schier unerschöpfliche Lebenskraft, die erst in den letzten Jahren an ihre Grenze gelangte und dann allmählich versiegte.

Wie sehr er bei all dem auch der leisen und zarten Töne fähig war, zeigen nicht wenige seiner Briefe. So etwa die, die er mit Karl Barth oder Karl Zuckmayer, wechselte. Und auch die rührende Sorge, mit der er Lotte Burmester, seine 1979 verstorbene Frau, in den Wochen und Monaten ihrer schweren Krankheit bis zum letzten Tag beistand, gehört zu dieser Seite seines Wesens, die nicht für jedermann offen zutage lag.

Und noch etwas charakterisiert ihn. Nämlich seine Anspruchslosigkeit und seine Integrität. Gewiß: Er wußte mit der Macht umzugehen. Aber er verschmähte es, daraus für sich Vorteil zu ziehen. Alles, was ihn selbst betraf, war bis zur Kargheit einfach und auf wohltuende Weise altmodisch. Seine Reihenhauswohnung am Heiderhof in Bonn und sein Ferienhaus in Schweden eingeschlossen. Und auch das war ein Grund dafür, daß ihn mehr und mehr Menschen achteten und bewunderten. Die überheblicher Weise von manchen so genannten "kleinen Leute" zumal.

Bleibt die Frage nach den Vorwürfen und Verleumdungen, denen er nach 1945 ausgesetzt war und die selbst nach seinem Tode in gewissen Abständen von neuem erhoben werden. Sie beziehen sich hauptsächlich auf die Jahre des Moskauer Exils

und die Frage, wie sich Herbert Wehner dort verhalten hat. Die Meyersche Biographie läßt keinen Zweifel daran, daß Herbert Wehner in dieser Zeit ein überzeugter und linientreuer Kommunist war. Einer auch, der deshalb die sogenannten Trotzlisten entschieden bekämpfte. Meyer widerlegt aber akribisch den Vorwurf, Wehner sei der eigentlich Verantwortliche für die damaligen Stalinistischen Säuberungsmaßnahmen gegen deutsche Kommunisten gewesen. Übrig bleibt, daß er ein Rädchen des riesigen Verfolgungsapparates des NKWD und überdies selbst vorübergehend von gefährlichen Sanktionen bedroht war. Es wäre gut, wenn die Debatte über diesen Punkt nunmehr endgültig beendet werden könnte. Ebenso aber auch die über die daraus abgeleiteten Behauptungen, Herbert Wehner habe auch nach 1946 in konspirativer Verbindung mit der sowjetischen Führung oder der Führung der DDR gestanden. Denn gerade diese Behauptungen entlarvt Meyer als üble Verleumdungen zum Zwecke der Diffamierung eines politischen Gegners.

Andere Vorwürfe betreffen die Spannungen zwischen Herbert Wehner und Willy Brandt in den siebziger Jahren und den Konflikt, zu dem es 1973 im Anschluß an die Äußerungen Wehners während einer Delegationsreise nach Moskau kam. Wenn man sie auf ihren Kern zurückführt und der jeweiligen journalistischen Zutaten entkleidet, bleibt die unterschiedliche Persönlichkeitsstruktur der beiden und die Ungeduld Wehners bei der Umsetzung der Ostpolitik. Eine Ungeduld, die Willy Brandt in der Form, in der sie ihm übermittelt wurde, in der Tat verletzte. Manche mögen das anders sehen. In der Tat haben sich ja Willy Brandt, Herbert Wehner und auch Helmut Schmidt gegenseitig nicht immer innig geliebt, aber sie haben doch immer wieder zur Zusammenarbeit an dem großen gemeinsamen Projekt gefunden, das Wehner im Dezember 1960 in einem Brief an Brandt, dessen Nominierung als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1961 er nachdrücklich unterstützt hatte, so umriß: "Eine Sozialdemokratie zustande zu bringen, die den Anforderungen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts gerecht werden kann, das heißt, die nicht am Kommunismus zerbricht und in ihrem Volk eine unentbehrliche gestaltende Kraft nicht nur in ihrer eigenen Vorstellung wird."

Wir sollten jedoch keinesfalls denen auf den Leim gehen, die noch im Nachhinein Spaltkeile zwischen die wichtigsten gestaltenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts treiben wollen.

Herbert Wehner war niemand, der sich für unfehlbar hielt. Vielmehr haderte er mit sich selbst wegen seines frühen Irrtums, der ihm stets bewußt blieb. Er wollte nicht nur, daß sich das deutsche Volk "wieder gut machte". Er wollte sich auch selbst "wieder gut machen". Darin wurzelte letzten Endes sein ganzes Engagement von dem Zeitpunkt an, in dem er seinen Irrtum erkannte.

In den letzten Jahren seines Lebens ist es um Herbert Wehner still geworden. Die Krankheit bemächtigte sich seiner immer mehr und die Augenblicke des Erinnerns wurden seltener.

Zwei Reisen in seine alte Heimat in den Jahren 1985 und 1986 verschafften ihm solche Augenblicke, in denen er manches wiedererkannte. Den Fall der Mauer hat er nicht mehr bewußt wahrgenommen. Geradezu tragisch erscheint mir, daß er die deutsche Einigung, für die er so nachdrücklich eingetreten ist, nicht mehr erleben konnte. Auch die tiefe Freude, mit der ihn die Wiedererrichtung der Frauenkirche in seiner Heimatstadt Dresden erfüllt hätte, blieb ihm versagt.

Daß er bis zu seinem Tode noch in Würde existieren konnte, verdankte er der Pflege seiner Frau Greta. Auch vorher war sie ihm jahrzehntelang eine unermüdliche Helferin. Dafür danken wir ihr gerade an diesem Tage mit großem Respekt.

Was würde - und damit schließe ich - Herbert Wehner uns Heutigen sagen? Was würde er seiner Partei raten, die sich ja wiederum, wie vor vierzig Jahren, in einer Großen Koalition befindet? Man soll sich da mit seinen eigenen Vermutungen nicht überheben. Aber in fünf Punkten bin ich mir doch ziemlich sicher. Nämlich, daß er raten würde:

- Bleibt eine Mitgliederpartei, werdet nicht zu einem Wahlverein und unterschätzt nicht, wieviel von der organisatorischen Stärke abhängt.
- Gebt Euch keinem Wunschenken hin, sondern nehmt die veränderten Realitäten zur Kenntnis und gebt realistische Antworten auf die neuen Herausforderungen. Aber haltet an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fest und meßt auch die neuen Antworten an ihnen.
- Engagiert Euch für ein freiheitlich, sozial und demokratisch verfaßtes und auf allen politischen Feldern handlungsfähiges Europa.
- Arbeitet fair mit dem Koalitionspartner zusammen. Aber wahrt das eigene Profil.
- Schließlich: Vergeßt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht. Meine Generation ist auf härtere Proben gestellt worden und hat sie bestanden. Gerade auch deshalb: Bekämpft das Wiederaufleben nationalsozialistischer Ideen und Parolen und insbesondere das gewalttätige Wiederaufleben von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit mit aller Kraft.

Ja: Das Nie wieder! Nicht noch einmal! ist wohl sein aktuellstes Vermächtnis. Wir wollen es beherzigen.

Termine

Hier eine kleine Auswahl an Veranstaltungen:

Montag, 03. Juli 2006

Bildungspolitische Veranstaltung mit Wolfgang Wulf, MdL Schulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
Beginn: 19.00 Uhr, Restaurant Mediterran im Sporthof, Hameln

Mittwoch, 05. Juli 2006

Erneuerbare Energien – Bio-Gas-Anlagen - Blockheizkraftwerke – Die Zukunft beginnt auch in Aerzen
Veranstaltung des Aerzener Bürgermeisterkandidaten Bernhard Wagner, des SPD-OV Aerzen und des Arbeitskreises Umwelt. Referent: Rainer Sagawe, Berater für erneuerbare Energien
Zeit: 18.30 bis 20.30 Uhr, Landgasthaus Specht, Aerzen OT Egge, Nr. 8

Freitag, 14. Juli 2006

Wahlkampfauftakt der Hamelner SPD mit Oberbürgermeisterkandidatin Susanne Lippmann und dem SPD-Generalsekretär Hubertus Heil
Beginn: 16.00 Uhr, Terrasse des Restaurant Globus, Hameln

Samstag, 15. Juli 2006

ASF-Landeskonferenz : Frauen (M)macht Politik
Beginn: 10.30 Uhr, Restaurant Mediterran im Sporthof, Hameln
Mit dabei u.a. Inge Wettig-Danielmeier, SPD-Schatzmeisterin, ehemalige ASF-Bundesvorsitzende
Ulla Groskurt (MdL), ASF-Landesvorsitzende und Susanne Lippmann, Oberbürgermeisterkandidatin von Hameln

Interessierte Frauen sind herzlich willkommen. Bitte hier anmelden: diana.boeger@spd.de

Kontakte

Unterbezirksbüro

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Telefon: +49.[0]5151.1073380
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: Hameln-Pyrmont@spd.de
Homepage: www.SPD-Hameln-Pyrmont.de

Abgeordneten-Büros

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Gabriele Lösekrug-Möller, MdB
Telefon: +49.[0]5151.1073399
Telefax: +49.[0]5151.407486
Email:
Gabriele.Loeseckrug-Moeller@wk.bundestag.de
Volker Brockmann, MdL
Telefon: +49.[0]5151.1073397
Telefax: +49.[0]5151.1073395
Email: v.brockmann@web.de

Kreistagsfraktion

Heiliggeiststr. 2
31785 Hameln
Ulrich Watermann, Fraktionsvorsitzender
Telefon: +49.[0]5151.1073385
Telefax: +49.[0]5151.1073394
Email: SPD-Kreistag-HM-PY@t-online.de